

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gebietsverträgliche BND-Baustellenlogistik gewährleisten – Entschädigungsfonds für Anwohner und Gewerbetreibende einrichten

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird beauftragt, die Bundesregierung aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, dass die Bauarbeiten zur Errichtung der neuen Zentrale des Bundesnachrichtendienstes so geplant und durchgeführt werden, dass die mit den Bauarbeiten verbundenen Belastungen für die BewohnerInnen und Gewerbetreibenden der anliegenden Straßen ein erträgliches Maß nicht überschreiten.

Insbesondere wird der Senat aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass

- aus den für die Baumaßnahme zur Verfügung stehenden Mitteln ein Entschädigungsfonds für BewohnerInnen und Gewerbetreibende der anliegenden Straßen eingerichtet wird, aus dem Minderungen des Wohn- und Gewerbewertes durch die Bauarbeiten in Form von starken Lärm-, Staub- und Lichtemissionen ausgeglichen werden können und
- zur Baustellenversorgung und Baustellenentsorgung ein Logistikkonzept erarbeitet und realisiert wird, durch das ohne gravierende Beeinträchtigung der dortigen Uferpromenade der Wasserweg über den Spandauer Schifffahrtskanal genutzt und der LKW-Verkehr minimiert wird sowie „Schleichverkehre“ des motorisierten Individualverkehrs durch die Wohnstraßen unterbleiben.

Des Weiteren wird der Senat ersucht im Rahmen der von ihm zu erteilenden Ausnahmegenehmigungen sicherzustellen, dass sich die Bauarbeiten in den späten Abend- und Nachtstunden sowie an Sonn- und Feiertagen auf ein Minimum beschränken.

Begründung

Am 19. Oktober fand der Spatenstich zu Europas aktuell größter innerstädtischen Baustelle statt. Stolz wurde dabei berichtet, dass allein der Bodenaushub aus dem Gelände des ehemaligen Stadions der Weltjugend das Berliner Olympiastadion komplett füllen würde. 200 LKW-Fahrten pro Tag sind dafür angekündigt, obwohl der Berliner Senat und Vertreter des Bundesnachrichtendienstes auf öffentlichen Veranstaltungen betont hatten, dass die gebietsverträgliche Organisation der Bauarbeiten und die Einbeziehung des Wasserweges in die Baustellenlogistik ein vordringliches Ziel sei. Auch dieses den BürgerInnen gemachte Versprechen scheint nicht gehalten zu werden.

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind über die Internetseite
www.parlament-berlin.de (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) einzusehen.

Es ist daher notwendig, dass der Berliner Senat in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung dafür Sorge trägt, dass die Bauarbeiten zur Errichtung der neuen Zentrale des Bundesnachrichtendienstes so anwohner- und gebietsverträglich wie möglich organisiert werden. Da eine erhebliche Verminderung des Wohn- und Gewerbewertes in den anliegenden Straßen trotzdem nicht vermieden werden wird können, sollte ein Entschädigungsfonds für die Anwohner und Gewerbetreibenden eingerichtet werden.

Ein solcher Entschädigungsfonds hat sich bei den Bauarbeiten rund um den Potsdamer Platz bewährt und half langwierige Rechtsstreitigkeiten zwischen Mietern, Vermietern und Bauträgern zu vermeiden. Angesichts der gewaltigen Investitionskosten für den (Teil!)Umzug des Bundesnachrichtendienstes nach Berlin, fällt ein Entschädigungsfonds finanziell nicht ins Gewicht. Er kann aber die großen Belastungen, die auf die Bewohner und Gewerbetreibenden insbesondere im direkten Wohnumfeld der Baustelle in den nächsten fünf Jahren zukommen, zumindest finanziell ein bisschen ausgleichen.

Berlin, den 04. Dezember 2006

Eichstädt-Bohlig Ratzmann Otto
und die Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen